

11. September 2018 um 06:20 Uhr 2 Minuten  
Wesel: Mobile Übersetzung im Schulalltag



Ehrenamtliche Sprachmittler mit Angela Mand, Annette Susanne Will, Nadia Kraam, Şenol Keser, Natascha Betke und Matthias Gottuck Foto: Kreis Wesel

Kreis Wesel (RP) Lehrkräfte an Schulen stehen infolge unzureichender Sprachkenntnisse neuzugewandelter Eltern vor großen Herausforderungen. Immer wieder berichten Schulen, dass sich die Kommunikation mit den Eltern schwierig gestaltet oder teilweise nicht möglich ist.

Es fehlen vor allem Dolmetscher für Sprachen wie Arabisch, Kurdisch, Türkisch, Farsi oder Albanisch. Genau an dieser Thematik setzt das Dinslakener Modellprojekt mit ehrenamtlichen Sprachmittlern an. „Das innovative an dem Modellprojekt ist, dass die persönliche Anwesenheit von Sprachmittlern bei den Elterngesprächen vor Ort nicht zwingend erforderlich sein muss“, erklärt Nadia Kraam, Bildungskordinatorin für Neuzugewanderte vom Kommunalen Integrationszentrum Kreis Wesel. „Wahlweise kann die Übersetzung via Skype oder über Audio-Telefonie erfolgen. Auf diese Weise wird eine flexible und schnelle Übersetzung mit geringem Aufwand ermöglicht“, so Kraam.

Eine neutrale und kultursensible Übersetzung soll zur Optimierung der sprachlichen Verständigung zwischen Lehrkräften und Erziehungsberechtigten mit Sprachbarrieren beitragen. Gleichzeitig ist beabsichtigt, neuzugewanderte Eltern durch einen verbesserten Informationsfluss zu ermutigen und darin zu unterstützen, sich aktiver für die Interessen ihrer Kinder einzubringen.

Das Engagement von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu stärken und sie als gleichberechtigte Akteure dabei zu unterstützen, sich auf ehrenamtlicher Basis in den Integrationsprozess einzubringen, ist ein weiteres Ziel des Vorhabens, welches im Rahmen des bundesweiten Förderprogramms „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ konzipiert wurde.

Zunächst wird das Modellprojekt an den Dinslakener Schulen Ernst-Barlach-Gesamtschule und Averbruchschule erprobt. „Um eine gewisse Qualität zu gewährleisten, mussten die Sprachmittler jedoch mindestens das Niveau B2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen (GER) vorweisen. Zudem wurden sie im speziellen Handlungsfeld Schule geschult und auf Elterngespräche vorbereitet“, erklärt die Bildungskoodinatorin. Zwei abgeordnete Lehrkräfte des Kommunalen Integrationszentrums Kreis Wesel, Angela Mand und Annette Susanne Will, führten die Schulung in Kooperation mit dem Integrationsbeauftragten der Stadt Dinslaken, Senol Keser, durch.

Die Einsatzkoordinierung der Sprachmittler übernimmt der Bildungsträger Internationaler Bund (IB) in Absprache mit allen Beteiligten. Für ihren Einsatz erhalten die ehrenamtlichen Sprachmittler eine Aufwandsentschädigung.

Das Vorhaben wird zunächst bis Ende des Jahres im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Bei positiver Annahme und entsprechendem Bedarf kann das Angebot gegebenenfalls verlängert und auf weitere Schulen ausgeweitet werden.

Weitere Informationen hat das Koordinatorenteam (Nadia Kraam, Senol Keser und Natascha Betke) unter Tel. 02064 66-738/595/593.

(RP)

## Zimkeit und Jusos fordern Azubi-Ticket

Ungleichheit gegenüber Studierenden beenden

**Dinslaken.** Zum Ausbildungsstart am 1. September bekräftigen der SPD-Landtagsabgeordnete Stefan Zimkeit und Frederick Cordes, Vorsitzender des Juso-Landesverbandes, ihre Forderung nach der Einführung eines landesweiten Azubi-Tickets. „In NRW gibt es noch immer einen verheerenden Unterschied zwischen Studierenden und Auszubildenden“, so Freddy Cordes. „Während Studierende mit ihren Semestertickets kostengünstig durchs ganze Bundesland fahren können, zahlen Auszubildende für ein vergleichbares Ticket wesentlich mehr. Die Landesregierung ist gefragt, diese Ungleichheit zu beenden.“

Stefan Zimkeit ergänzt: „Wir verlangen von den jungen Menschen mehr Flexibilität bei der Wahl eines Ausbildungsplatzes und sich dabei nicht auf die Heimatstadt zu beschränken. Dies gilt insbesondere auch für Dinslaken und das Ruhrgebiet, wo man ganz selbstverständlich über die Stadtgrenzen hinaus mobil sein muss. Hier muss die Landesregierung endlich aktiv werden.“ Freddy Cordes weist darauf hin, dass sich längst auch die IHK, als Vertretung der Wirtschaft, für das Azubi-Ticket ausspricht. „Ich kann überhaupt nicht verstehen, warum die Mitte-Rechts-Landesregierung dies immer noch blockiert. Ministerpräsident Laschet hat bei seiner ersten Regierungserklärung angekündigt, ein Azubi-Ticket zeitnah einzuführen.“

## Ehemalige planen Treffen 25 Jahre nach Abi am THG

**Dinslaken.** 25 Jahre nach dem Abitur am Theodor-Heuss-Gymnasium (THG) plant der Jahrgang, der dort 1994 seine Reifeprüfungen ablegte, im kommenden Jahr ein Wiedersehen in Dinslaken. Der Termin für das Ehemaligentreffen steht bereits fest: Es ist Samstag, der 14. September 2019. Willkommen sind auch alle früheren Mitschüler, die die Stufe mit mittlerer Reife im Jahrgang 10, schon vorher oder in der Oberstufe früher verlassen haben. Der Veranstaltungsort wird per Verteiler dann übermittelt.

**i** Um diese Feier 25 Jahre nach dem Abitur vorbereiten zu können, bittet das Organisationsteam um Sandra Eskes, Christian Römhild, Nadine Buchholz und Stefan Querl u Kontaktaufnahme aller damaligen Abiturienten per E-Mail an: [ste-fan.querl@t-online.de](mailto:ste-fan.querl@t-online.de).

## Themenabend für Eltern

**Vorrede.** Im Evangelischen Familienzentrum Rönshof an der Rönshofstraße 79 findet am Dienstag, 11. September, von 19.30 bis 21.45 Uhr ein Themenabend für Eltern statt. Unter dem Titel „Wertschätzende Kommunikation mit Kindern und Jugendlichen“ spricht Referent Sebastian Hein darüber, dass Kinder aber auch Erwachsene ihren Willen haben dürfen. Die Gebühr für den Abend übernimmt das Familienzentrum.

**i** Eine verbindliche Anmeldung ist bis spätestens Donnerstag, 6. September, erforderlich in der Kita unter ☎ 02855/3911.



## rit tklässler der Gartenschule bei der Kartoffelernte

**Sachkundeunterricht** in der Praxis erlebten gestern die Drittklässler aus der Schneckenklasse der Gartenschule in Dinslaken. Nachdem Lehrerin Roswitha Düring passend zum baldigen Herbstanfang das Thema Kartoffel auf den Stundenplan gestellt hatte, ging es zum Hof von Stadtbauer Heinrich Vahnbruck. Zunächst zeigte er den Kindern die Ziegen und es durften Walnüsse und Kastanien gesammelt werden. Dann marschierten

alle zum nahe gelegenen Kartoffelfeld. Fünf Monate dauere es vom Auspflanzen bis zum Ernten, erklärte der 58-jährige Landwirt, der selbst als Kind die Gartenschule besuchte – wie Sohn Johannes (28), der zunächst mit einem alten, kleinen Kartoffelroder, später mit einem großen Gefährt, die Sorten „Laura“ und „Belana“ vor den Augen der staunenden Besucher ausmachte. Auf einer Infotafel mit dem Titel „Pommes aus der Unterwelt“ konn-

ten die Jungen und Mädchen lesen, wo die Kartoffel herkommt (1555 von Südamerika nach Europa), was man damit alles zubereiten kann und welche Pflegemaßnahmen nötig sind. Große Freude bereitete es den Drittklässlern, die Erdäpfel zu sammeln oder auf den stehenden Kartoffelroder zu klettern. „In der Schule bekommt ihr alle ein Blatt und schreibt auf, was ihr behalten habt“, verkündete Roswitha Düring.

P.N./FOTO: P.N.

# Zwei neu zu gestaltende Spielplätze

Verwaltung plant, 2019 die Flächen an der Niederfeld- und Almutstraße zu erneuern. Für Sach- und Dienstleistungen will sie 44 000 Euro aufwenden. Politik entscheidet

**Dinslaken.** Die Verwaltung plant, im kommenden Jahr die Spielplätze an der Niederfeldstraße und an der Almutstraße neu zu gestalten. Dies geht aus einer Beschlussvorlage hervor, die von der Politik kommenden Mittwoch, 12. September, zum ersten Mal im Betriebsausschuss diskutiert wird.

### Wege laufen ins „Leere“

Der Spielplatz an der **Niederfeldstraße**, so die Verwaltung in der Vorlage, wurde vor mehreren Jahrzehnten gebaut und ist komplett abgeschrieben. Die Fläche wurde damals so geplant und angelegt, dass dort ein zweiter Eingang ent-

steht. Dieser ist jedoch nie gebaut worden und somit laufen die Wege ins „Leere“.

Der Kinderspielplatz an der **Almutstraße** ist 2016 komplett mit drei neuen Geräten ausgestattet worden. Hier plant die Verwaltung, die Eingänge, Einfassungen sowie Bänke und Mülleimer zu erneuern. Außerdem soll eine Pflegeeinfahrt entstehen.

Beide Spielplätze liegen in direkter Nachbarschaft zur Wohnbebauung und haben auf Grund ihres Alters entsprechend ältere Einrichtungsgegenstände (soweit nicht bereits eine Erneuerung erfolgte), Spielgeräte und Anpflanzungen.

Die Sandflächen sind teilweise überdimensioniert und stark verkrautet. Des Weiteren sind sie nicht barrierefrei, so die Verwaltung.

Dies soll im Zuge der Neugestaltungen 2019 geändert werden: Auf den Spielplätzen, auf denen in den vergangenen Jahren vereinzelte Geräte erneuert wurden, wurde bei der Planung darauf geachtet, diese komplett zu erhalten, schreibt die Verwaltung. Die erhaltenswürdigen Geräte seien in die Planung mit einbezogen worden.

Bei beiden Spielplätzen sollen bauliche Maßnahmen umgesetzt werden, bei denen vorhandene Sandflächen zurückgebaut bezie-

ungsweise verkleinert und dabei die Fallschutzbereiche, Spielgeräte und Bänke neu organisiert werden. Durch entsprechende Neuanschaffungen von Bänken, Zäunen und Spielgeräten werden die Bereiche komplett aufgewertet, so die Verwaltung. Desweiteren werde auf den beiden Spielflächen die Barrierefreiheit hergestellt.

Die voraussichtlichen Kosten für Sach- und Dienstleistungen beziffert die Verwaltung mit 30 000 Euro für die Fläche an der Niederfeldstraße und 14 000 Euro für den Platz an der Almutstraße. Die Personalkosten sind hierin noch nicht inbegriffen.

akw

### AUCH GRÜNFLÄCHEN SOLLEN NEU GESTALTET WERDEN

**■ Neben den Spielplätzen** sollen 2019 auch Grünflächen neu gestaltet werden. Bepflanzungen plant die Stadt an Otto-Brenner-, West- und Nikolaus-Groß-Straße sowie eine Umgestaltung am Biotoptop Claudiastraße.

**■ Mit Personalkosten** in Höhe von jährlich 220 692 Euro (51 000 Euro je Mitarbeiter sowie

16 692 Euro für die zwei betriebsintegrierten Arbeitsplätze) kalkuliert die Verwaltung für die Kolonne. Darüber hinaus, so die Stadt, fielen interne Planungskosten an; es handle sich um einen 25-Prozent-Stellenanteil eines Gartenbautechnikers in Höhe von 16 825 Euro jährlich. Die Kosten gelten für alle Maßnahmen in dem Jahr.



Geht es nach der Verwaltung, wird der Spielplatz an der Niederfeldstraße 2019 neu gestaltet. FOTO: HEIKOK EMPKEN

# Sprachbarrieren überwinden

Ehrenamtliche Dolmetscher sollen Verständigung zwischen Eltern und Lehrern erleichtern

**Dinslaken.** Unter dem Titel „Mobile Übersetzung“ hat die Stadt ein neues Projekt gestartet. Das Modellprojekt aus Dinslaken soll Lehrkräfte an Schulen bei ihrer Kommunikation mit Eltern, die der deutschen Sprache kaum oder gar nicht mächtig sind, unterstützen. Es wird zunächst an der Ernst-Barlach-Gesamtschule (EBGS) sowie der Averbuchschule eingeführt.

Und so funktioniert es: Ehrenamtliche Sprachvermittler können wahlweise via Skype oder per Tele-

fon zwischen Lehrern und Eltern dolmetschen. Dies verringere den Arbeitsaufwand und ermögliche eine flexible und schnelle Übersetzung, erklärt Dr. Nadia Kraam, Bildungs koordinatorin für Neuzugewanderte vom Kommunalen Integrationszentrum Kreis Wesel, die Idee dahinter.

Die Ziele des Projektes sind eine neutrale und kultursensible Übersetzung, eine verbesserte Möglichkeit für die Eltern, sich für ihre Kinder stark zu machen. Ebenfalls soll

durch die ehrenamtlich tätigen Mitarbeiter das Gefühl der Gleichberechtigung im Integrationsprozess gestärkt werden. Die Helfer erhalten hierfür eine Aufwandsentschädigung. Bis Ende dieses Jahres wird das Projekt vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugendliche gefördert. Bei Bedarf und Erfolg wird es gegebenenfalls verlängert und ausgeweitet. Um ehrenamtlicher Sprachvermittler zu werden, muss das Sprachniveau B2 vorhanden sein. In Kooperation mit dem In-

tegrationsbeauftragten Şenol Keser, führen die Abgeordneten Lehrkräfte des Kommunalen Integrationszentrums Kreis Wesel, Angela Mand und Annette Susanne Will, die Schulung durch. Vor allem für die Sprachen Arabisch, Türkisch, Kurdisch, Farsi und Albanisch werden Dolmetscher gesucht.

**i** Mehr Info gibt es bei Dr. Nadia Kraam (☎ 02064/66138), Şenol Keser (☎ 02064/66595), Natascha Betke (☎ 02064/66593).

## Kredite für GGS Lohberg und Sporthalle

Mittel aus „Gute Schule 2020“

**Dinslaken.** Die Politik entscheidet in der kommenden Sitzungsfolge, für welche Sanierungsmaßnahmen die Kredite im Rahmen des Programmes „Gute Schule 2020“ verwendet werden. In der Vorlage, über die am 10. September zum ersten Mal im Bauausschuss abgestimmt wird, schlägt die Verwaltung vor, das Kreditvolumen für das Jahr 2019 in Höhe von 1 635 426 Euro für den Umbau und die Sanierung der GGS Lohberg zu verwenden und das Kreditvolumen in gleicher Höhe im Jahr 2020 für die geplante Dreifachsporthalle an der Hagenschule zu beantragen und verwenden.

Das Kreditkontingent aus dem Förderprogramm „Gute Schule 2020“ beläuft sich für die Stadt Dinslaken auf insgesamt 6 541 704 Euro und verteilt sich auf die Jahre 2017 bis 2020 mit einem jährlichen Betrag von 1 635 426 Euro. Das Land NRW übernimmt in voller Höhe die Tilgungsleistungen und – soweit sie notwendig werden – auch die Zinsleistungen für sämtliche Kredite, die die Kommune im Rahmen des Programms aufnimmt.

akw

**i** Die Kreditvolumina für die Jahre 2017 und 2018 sind für den Neubau der Aula an der Ernst-Barlach-Gesamtschule (EBGS) sowie für den Bau einer Ein-Feld-Turnhalle einschließlich Außenanlagen an der Bruchschule verwendet worden.

## Spende: Kita kaufte zwei Fahrräder

**Vorrede.** Für viele Kindergartenkinder ist das Fahrradfahren ein großes Thema. Dies stellte auch das Team der Kita Steinstraße fest. Mit Hilfe einer Spendenaktion der Kuka in Dinslaken (Ein Euro des Eintritts je Besucher wird gespendet) war es möglich, zwei Fahrräder samt Helmen anzuschaffen. In dem Kurs „Radfahren macht Spaß“ machten die Kinder mit Stolz einen „Fahrradführerschein“. Es wurden das Bremsen und Gleichgewicht gehalten geübt. Auf diesem Weg bedankt sich die Kita Steinstraße bei den Besuchern der Kuka.



Die Kita Steinstraße konnte dank einer Spendenaktion der Kuka zwei Fahrräder samt Helmen anschaffen. FOTO: PRIVAT

## Sommerfest bei der Kita St. Marien

**Dinslaken.** Ein großes Sommerfest feiert die Caritas-Kindertagesstätte St. Marien am Marienplatz 1 in Lohberg am Samstag, 8. September, von 11 bis 16 Uhr. Die Besucher erwartet viel Spaß bei diversen Spielen wie zum Beispiel dem Ringwerfen, Dosenwerfen, Flaschenkegeln, Hütchenslalom, Kistenlauf und Kinderschminken. Essen und Getränke wird es auch geben, zudem gibt es bei dem Sommerfest wie in jedem Jahr bei einem Schätzspiel Dinge zu gewinnen.

**i** Die Caritas-Kita St. Marien in Lohberg ist zu erreichen unter ☎ 02064/37407.

# Grüne wettern gegen „Kiesbarone“

Die Grünen im Kreis machen sich Sorgen. Sorgen um das Insektensterben, das Klima, zu viel Nitrat im Grundwasser sowie den Kiesabbau in der Region. Und sie präsentieren Vorschläge, wie dauerhaft alles besser werden könnte.

VON KLAUS NIKOLEI

**KREIS WESEL** Hubert Kück, der Sprecher der Grünen-Fraktion im Kreistag, gibt sich in diesen Tagen kampfeslustig. Er und seine Mitstreiter Ulrike Trick und Jürgen Bartsch haben keinerlei Probleme, sich mit den politischen Gegnern auf Kreis- und Landesebene anzulegen und haben am Montag vor Journalisten einmal aufgezeigt, welche Themen sie derzeit besonders bewegen.

**Kies** Wenn Hubert Kück durch das Kreisgebiet fährt, und das tut er oft, sind ihm die vielen Baggerseen ein Graus. Da sei in den vergangenen Jahren wertvolle Ackerfläche verschwunden, sagt der Weseler. Die Landschaft sei ver-

**„An der SPD als politischen Partner kann man kein Tau festbinden“**

**Hubert Kück**

Sprecher der Grünen-Fraktion im Kreis

schandelt und präsentiere sich so löchrig „wie ein Schweizer Käse“. Kück bemängelt außerdem, dass die Landwirte auf immer weniger Fläche immer mehr produzieren müssten und dass durch den Abbau von Kies und Sand eine wichtige Filterfunktion für das Grundwasser verloren gehe. Die Schuld trägt nach Überzeugung der Grünen die FDP in der Landesregierung, die „als Steigbügelhalter der Kiesindustrie“ agiere. Und es sei zu befürchten, dass durch den neuen Landesentwicklungsplan (LEP) „künftig überall dort ausgekiest werden kann, wo Kies abbaubar ist. Das ist eine pure Unterstützung der Kiesbarone“, wertet Kück. Vor allem Bereiche im linksrheinischen Kreisgebiet (Moers, Kamp-Lintfort, Alpen, Wesel-Ginderich) seien betroffen.

Sollten die Nitratwerte weiter steigen, müsste das Grundwasser in der Region durch spezielle und kostenintensive Verfahren trinkbar gemacht werden. Kück sprach davon, dass Bürger künftig bis zu 60 Prozent mehr für ihr Trinkwasser zahlen müssten. Kollege Jürgen Bartsch fügte hinzu, dass man im Frühjahr 2017 den Antrag gestellt habe, dass



Die Grünen befürchten, dass in der Region immer mehr landwirtschaftliche Fläche verschwinden, weil Kies und Sand vor allem für den niederländischen Markt gewonnen werden.

RP-FOTO: MALZ



Seit es E-Bikes gibt, steigt die Zahl der Radnutzer. Geht es nach den Grünen, soll verstärkt in Radschnellwege investiert werden.

FOTO: WEIHRACH/DPA



Gärten nur aus Steinen sind den Grünen ein Graus.

ARCHIVFOTO: SCHEFFLER

der Kreis Modellregion grundwasserschonende Landwirtschaft werden sollte. Doch bislang gebe es darauf keine Resonanz.

**Insektensterben** Dass es immer weniger Insekten gibt und damit unter anderem Vögel größte Probleme haben, ihren Nachwuchs aufzuziehen, bereitet den Grünen Kopfzerbrechen. Was tun? Sie plädieren unter anderem dafür, dass in Neubaugebieten Schottergärten untersagt werden und die Kommunen bei Neuanpflanzungen darauf achten, insektenfreundliche Bäume, Büsche und Stauden zu verwenden. Weil die SPD in Sachen Verzicht auf Pestizide in der politischen Auseinandersetzung „eingeknickt“ sei, käme sie als möglicher politischer Partner nicht in Frage. „An der SPD, die sich selbst nicht ganz grün ist und bei verschiedenen Themen zerrissen ist, kann man kein Tau festbinden“, so Kück.

**Klimawandel** Um aktiv etwas gegen den Klimawandel zu tun, betonte Jürgen Bartsch, müsse der Verkehr besser als bislang verzahnt und die Radwege attraktiver werden. Stichwort: Radschnellwege. In einem Arbeitskreis, der mit Vertretern der Kreistagsfraktionen, eines Planungsbüros sowie der Kreisverwaltung besetzt und auf Initiative der Grünen entstanden ist, werde über genau dieses Thema gesprochen. Ende des Monats soll über die Ergebnisse im Kreisausschuss berichtet werden.

An die Adresse der Niag gerichtet, an der auch der Kreis Wesel mit 43 Prozent beteiligt ist, appellierte Jürgen Bartsch, dass der Verkehrsbetrieb versuchen müsse, deutlich mehr Elektrobusse einzusetzen als bislang. Bei der Aufstellung eines kreisweiten Mobilitätskonzeptes müssten neben den Verkehrsbetrieben auch die Industrie- und Handelskammer und die Kommunen mit ins Boot geholt werden.

Hubert Kück fügte hinzu, dass vor allem die Kommunen Druck auf die Niag ausüben müssten, damit diese zu einem Anbieter von Mobilität werde. „Das ist wichtig für den Tourismus, der im Kreis immer weiter an Bedeutung gewinnt. Das ist für die Städte und Gemeinden bares Geld.“

## 90 Teilnehmer auf Foto-Pirsch

**KREIS WESEL** (RP) Bei der Foto-Expedition Lippeland haben sich am Samstag in Wesel knapp 90 Teilnehmer auf Foto-Pirsch begeben: Beim Wettbewerb des Lippeverbandes, der Stadt Wesel und der Volkshochschule Wesel-Hamminkeln-Schermbeck um die kreativste Bildserie in der Stadt wurden insgesamt 972 Dateien für 54 Bildserien eingereicht. Dabei gingen 60 Einzelteilnehmer und 29 in Teams an den Start. Die jüngste Teilnehmerin war zwölf Jahre alt, die älteste 75. In dem Wettbewerb geht es vor allen Dingen um die kreative Umsetzung von Begriffen wie „Lippe-Blick“, „Hier zu Hause“, „Summ Summ“, „Gute Nachbarschaft“ und „Natürlich schön“. Die besondere Herausforderung liegt außerdem in der Wettbewerbsregel, die eine feste Reihenfolge der zu fotografierenden Themen vorgibt. So müssen die Fotografen jedes Motiv bewusst und gezielt umsetzen und können nicht auf einen zufälligen Schnappschuss hoffen.

In Kürze sitzt die Jury aus Organisationsmitgliedern, Foto-Fachleuten und sachkundigen Schülern zusammen, um die anonymisierten Bildserien zu sichten und am Ende die Gewinner zu bestimmen. Am 13. November werden die Preise – insgesamt 3000 Euro – an die drei Sieger in den Kategorien Jugendliche und Erwachsene im Scala-Kulturspielhaus Wesel vergeben. Zusätzlich vergibt der Naturpark Hohe Mark einen „Sonderpreis Natur“ in Höhe von 200 Euro.

## Diskussion über Gewässerschutz

**KREIS WESEL** (RP) Unter dem Motto „Limnologie am Niederrhein: Wissen, Wirtschaft, Wege und Wildnis“ findet seit Montag und noch bis Freitag, 14. September, die Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Limnologie (DGL) am Campus Kamp-Lintfort der Hochschule Rhein-Waal statt. Die Tagung widmet sich in Fachvorträgen, Diskussionsrunden und Exkursionen den vielen Fragen rund um die Gewässer und die Wasserwirtschaft – unter anderem Renaturierung, EU-Wasser-rahmenrichtlinien, Wiederansiedlungsprojekte und Gewässer in der Landwirtschaft.

Angelehnt an das diesjährige Motto, findet im Rahmen der Tagung eine öffentliche Podiumsdiskussion zum Thema „Gewässer schützen – Gewässer nützen“ mit Vertretern aus Politik, Landwirtschaft und Wasserwirtschaft sowie des Tourismus und Naturschutzes statt. Die Diskussionsrunde bietet sowohl dem Fachpublikum als auch Bürgern die Gelegenheit, die vielfältigen Nutzungen der Gewässer am Niederrhein zu diskutieren, die zugleich Belastungen wie Chancen für die Region und deren Entwicklung sein können. Moderiert wird die Diskussion von Prof. Burkhard Teichgräber (Emschergenossenschaft/Lippeverband). Sie findet auf dem Campus Kamp-Lintfort am Donnerstag, 13. September, 15 bis 17 Uhr, im Audimax (Gebäude 1, Hörsaalzentrum) der Hochschule Rhein-Waal, Friedrich-Heinrich-Allee 25, 47475 Kamp-Lintfort, statt.

## Mobile Übersetzung im Schulalltag

**KREIS WESEL** (RP) Lehrkräfte an Schulen stehen infolge unzureichender Sprachkenntnisse neuzugewandelter Eltern vor großen Herausforderungen. Immer wieder berichten Schulen, dass sich die Kommunikation mit den Eltern schwierig gestaltet oder teilweise nicht möglich ist. Es fehlen vor allem Dolmetscher für Sprachen wie Arabisch, Kurdisch, Türkisch, Farsi oder Albanisch.

Genau an dieser Thematik setzt das Dinslakener Modellprojekt mit ehrenamtlichen Sprachmittlern an. „Das innovative an dem Modellprojekt ist, dass die persönliche Anwesenheit von Sprachmittlern bei den Elterngesprächen vor Ort nicht zwingend erforderlich sein muss“, erklärt Nadia Kraam, Koordinatorin für Neuzugewanderte vom Kommunalen Integrationszentrum Kreis Wesel. „Wahlweise kann die Übersetzung via Skype oder über Audio-Telefonie erfolgen. Auf diese Weise wird eine flexible und schnelle Übersetzung mit geringem Aufwand ermöglicht“, so Kraam.

Eine neutrale und kultursensible Übersetzung soll zur Optimierung der sprachlichen Verständigung zwischen Lehrkräften und Erziehungsberechtigten mit Sprachbarrieren beitragen. Gleichzeitig ist beabsichtigt, neuzugewanderte Eltern durch einen verbesserten Informationsfluss zu ermutigen und darin zu unterstützen, sich aktiver für die Interessen ihrer Kinder einzubringen. Das Engagement von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu stär-

ken und sie als gleichberechtigte Akteure dabei zu unterstützen, sich auf ehrenamtlicher Basis in den Integrationsprozess einzubringen, ist ein weiteres Ziel des Vorhabens, welches im Rahmen des bundesweiten Förderprogramms „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ konzipiert wurde.

Zunächst wird das Modellprojekt an den Dinslakener Schulen Ernst-Barlach-Gesamtschule und Averbruchschule erprobt. „Um eine gewisse Qualität zu gewährleisten, mussten die Sprachmittler jedoch mindestens das Niveau B2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen (GER) vorweisen. Zudem wurden sie im speziellen Handlungsfeld Schule geschult und auf Elterngespräche vorbereitet“, erklärt die Bildungskoodinatorin. Zwei abgeordnete Lehrkräfte des Kommunalen Integrationszentrums Kreis Wesel, An-

gela Mand und Annette Susanne Will, führten die Schulung in Kooperation mit dem Integrationsbeauftragten der Stadt Dinslaken, Senol Keser, durch.

Die Einsatzkoordinierung der Sprachmittler übernimmt der Bildungsträger Internationaler Bund (IB) in Absprache mit allen Beteiligten. Für ihren Einsatz erhalten die ehrenamtlichen Sprachmittler eine Aufwandsentschädigung.

Das Vorhaben wird zunächst bis Ende des Jahres im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Bei positiver Annahme und entsprechendem Bedarf kann das Angebot gegebenenfalls verlängert und auf weitere Schulen ausgeweitet werden.

Weitere Informationen hat das Koordinatorenteam (Nadia Kraam, Senol Keser und Natascha Betke) unter Tel. 02064 66-738/595/593.



Ehrenamtliche Sprachmittler mit Angela Mand, Annette Susanne Will, Nadia Kraam, Senol Keser, Natascha Betke und Matthias Gottuck

FOTO: PR

Will, führten die Schulung in Kooperation mit dem Integrationsbeauftragten der Stadt Dinslaken Şenol Keser durch.

Die Einsatzkoordinierung der Sprachmittler/innen übernimmt der Bildungsträger Internationaler Bund (IB) in Absprache mit allen Beteiligten. Für ihren Einsatz erhalten die ehrenamtlichen Sprachmittler/innen eine Aufwandsentschädigung.

Das Vorhaben wird zunächst bis Ende des Jahres im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Bei positiver Annahme und entsprechendem Bedarf kann das Angebot ggf. verlängert und auf weitere Schulen ausgeweitet werden.

Weitere Informationen erhalten Sie vom Koordinatorenteam Dr. Nadia Kraam, Şenol Keser und Natascha Betke: Tel. 02064 66 - 738/595/593



Ehrenamtliche Sprachmittler mit Angela Mand (stehend ganz rechts) und Annette Susanne Will (sitzend 1.v.l.), Dr. Nadia Kraam (sitzend 2.v.l.), Şenol Keser (sitzend 3.v.l.) und Natascha Betke (stehend 3.v.r.) und Matthias Gottuck vom IB (stehend 2.v.r.).

# DINSLAKEN

## Integration



### Mobile Übersetzung im Schulalltag

Lehrkräfte an Schulen stehen infolge unzureichender Sprachkenntnisse neuzugewandelter Eltern vor großen Herausforderungen. Immer wieder berichten Schulen, dass sich die Kommunikation mit den Eltern schwierig gestaltet oder teilweise nicht möglich ist. Es fehlen vor allem Dolmetscherinnen und Dolmetscher für Sprachen wie Arabisch, Kurdisch, Türkisch, Farsi oder Albanisch.

Genau an dieser Thematik setzt das Dinslakener Modellprojekt mit ehrenamtlichen Sprachmittlerinnen und -mittlern an. „Das innovative an dem Modellprojekt ist, dass die persönliche Anwesenheit von Sprachmittlerinnen und -mittlern bei den Elterngesprächen vor Ort nicht zwingend erforderlich sein muss“, erklärt Dr. Nadia Kraam, Bildungskordinatorin für Neuzugewanderte vom Kommunalen Integrationszentrum Kreis Wesel. „Wahlweise kann die Übersetzung via Skype oder über Audio-Telefonie erfolgen. Auf diese Weise wird eine flexible und schnelle Übersetzung mit geringem Aufwand ermöglicht“, so Kraam.

Eine neutrale und kultursensible Übersetzung soll zur Optimierung der sprachlichen Verständigung zwischen Lehrkräften und Erziehungsberechtigten mit Sprachbarrieren beitragen. Gleichzeitig ist beabsichtigt, neuzugewanderte Eltern durch einen verbesserten Informationsfluss zu ermutigen und darin zu unterstützen, sich aktiver für die Interessen ihrer Kinder einzubringen.

Das Vorhaben wurde im Rahmen des bundesweiten Förderprogramms „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ konzipiert. Es hat auch zum Ziel, das Engagement von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu stärken und sie dabei zu unterstützen, sich auf ehrenamtlicher Basis in den Integrationsprozess einzubringen.

Zunächst wird das Modellprojekt in Dinslaken an der Ernst-Barlach-Gesamtschule und der Averbuchschule erprobt.

„Um eine gewisse Qualität zu gewährleisten, mussten die Sprachmittlerinnen und Sprachmittler mindestens das Niveau B2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen vorweisen. Zudem wurden sie im speziellen Handlungsfeld Schule geschult und auf Elterngespräche vorbereitet“, so Dr. Kraam. Durchgeführt wurde die Schulung von zwei abgeordneten Lehrkräften des Kommunalen Integrationszentrums Kreis Wesel, Angela Mand und Annette Susanne Will, in Kooperation mit dem Integrationsbeauftragten der Stadt Dinslaken Şenol Keser.

Die Einsatzkoordinierung übernimmt der Bildungsträger Internationaler Bund in Absprache mit allen Beteiligten. Für ihren Einsatz erhalten die ehrenamtlichen Sprachmittlerinnen und -mittler eine Aufwandsentschädigung.

Das Vorhaben wird zunächst bis Ende des Jahres im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie

# Kreis Wesel



## 03.09.2018: Mobile Übersetzung im Schulalltag: Ein Modellprojekt zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements mit und für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte

Lehrkräfte an Schulen stehen infolge unzureichender Sprachkenntnisse neuzugewandeter Eltern vor großen Herausforderungen. Immer wieder berichten Schulen, dass sich die Kommunikation mit den Eltern schwierig gestaltet oder teilweise nicht möglich ist. Es fehlen vor allem Dolmetscher/innen für Sprachen wie Arabisch, Kurdisch, Türkisch, Farsi oder Albanisch.

Genau an dieser Thematik setzt das Dinslakener Modellprojekt mit ehrenamtlichen Sprachmittler/innen an. „Das innovative an dem Modellprojekt ist, dass die persönliche Anwesenheit von Sprachmittler/innen bei den Elterngesprächen vor Ort nicht zwingend erforderlich sein muss“, erklärt Dr. Nadia Kraam, Bildungskordinatorin für Neuzugewanderte vom Kommunalen Integrationszentrum Kreis Wesel. „Wahlweise kann die Übersetzung via Skype oder über Audio-Telefonie erfolgen. Auf diese Weise wird eine flexible und schnelle Übersetzung mit geringem Aufwand ermöglicht“, so Kraam weiter.

Eine neutrale und kultursensible Übersetzung soll zur Optimierung der sprachlichen Verständigung zwischen Lehrkräften und Erziehungsberechtigten mit Sprachbarrieren beitragen. Gleichzeitig ist beabsichtigt, neuzugewanderte Eltern durch einen verbesserten Informationsfluss zu ermutigen und darin zu unterstützen, sich aktiver für die Interessen ihrer Kinder einzubringen.

Das Engagement von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu stärken und sie als gleichberechtigte Akteure dabei zu unterstützen, sich auf ehrenamtlicher Basis in den Integrationsprozess einzubringen, ist ein weiteres Ziel des Vorhabens, welches im Rahmen des bundesweiten Förderprogramms „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ konzipiert wurde.

Zunächst wird das Modellprojekt an den Dinslakener Schulen Ernst-Berlach-Gesamtschule und Averbuchschule erprobt. „Um eine gewisse Qualität zu gewährleisten, mussten die Sprachmittler/innen jedoch mindestens das Niveau B2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen (GER) vorweisen. Zudem wurden sie im speziellen Handlungsfeld Schule geschult und auf Elterngespräche vorbereitet“, erklärte die Bildungskoodinatorin. Zwei Abgeordnete Lehrkräfte des Kommunalen Integrationszentrums Kreis Wesel, Angela Mand und Annette Susanne

## Mobile Übersetzung im Schulalltag

© 2004 Blackwell Publishing Ltd *Journal of Internal Medicine* 255: 103–110

